

Landeshaushalt 2015

SCHWARZ-GRÜN ARM AN POLITISCHER GESTALTUNG

**SONDERSITZUNG ZUR
EINBRINGUNG DES
LANDESHAUSHALTS 2015**

Den Entwurf für den Landeshaushalt 2015 hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt im Hessischen Landtag als „ein schwaches Werk und alles andere als der Beweis kraftvoller und solider Arbeit“ bezeichnet. „Der Haushalt ist arm an politischer Gestaltungskraft und ein Dokument schwarz-grüner Ambitionslosigkeit.“ Nahezu nichts habe sich im Haushalt des Landes nach der Auswechslung von FDP durch die Grünen in der Regierung geändert. „Schon der Nachtragshaushalt war eine glatte Enttäuschung. Er war seltsam uninspiriert. Es fehlte da bereits an Gestaltungswillen. Das setzt sich nun mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 fort. Schwarz-Grün setzt mit dem Haushaltsentwurf



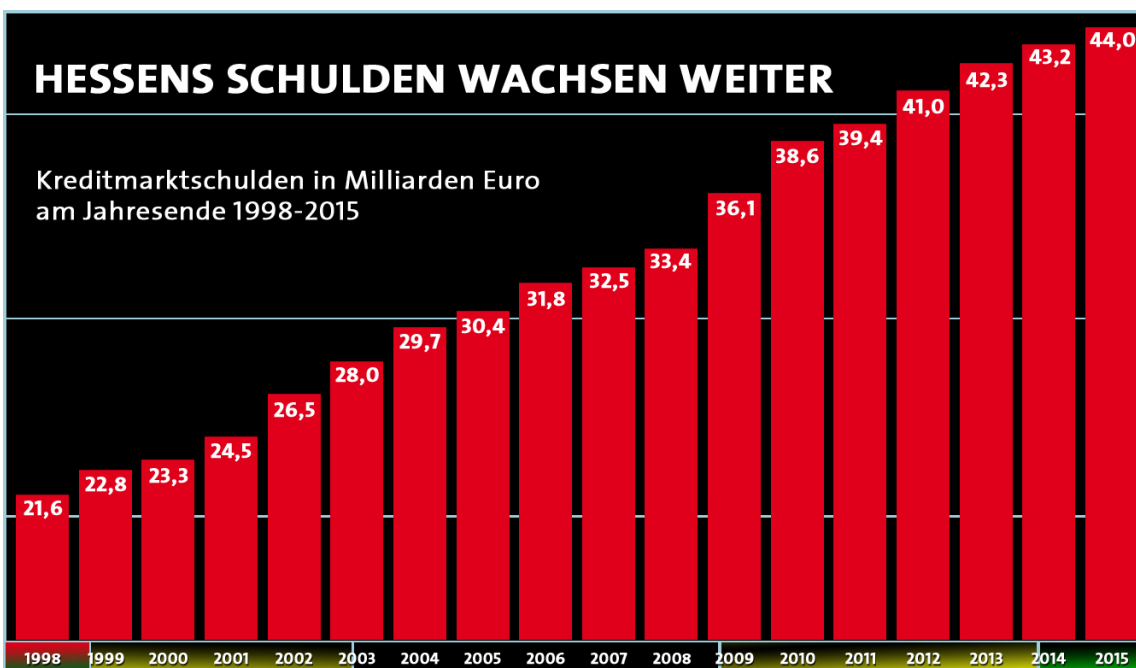
FOTO: MERBACH

keine besonderen Impulse. Es ist kein Projekt erkennbar, das spezifisch und unverwechselbar für Schwarz-Grün steht. Es gibt keine schwarz-grünen Projekte, die wirkliche Veränderungen anstreben, und keine Projekte, die nachhaltig sind“, sagte Schmitt.

Wichtige Politikbereiche seien unterfinanziert, das gelte insbesondere für die Zuweisungen an die Kommunen, für den Straßenbau, aber auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Dort wo Schwarz-Grün Akzente setzen wollte und müsste, fielen sie mehr als mager aus. Beim Klimaschutz gebe es für die Umsetzung des Energiegipfels sogar weniger finanzielle Mittel. Das großspurig angekündigte Sozialbudget sei Etikettenschwindel. Die von Ex-Ministerpräsident Roland Koch mit der „Operation düstere Zukunft“ eingeleiteten Kürzungen im Sozialbereich in Höhe von 30 Millionen Euro würden nur zu etwa einem Drittel zurückgenommen. Zu
Fortsetzung nächste Seite

HESSENS SCHULDEN WACHSEN WEITER

Kreditmarktschulden in Milliarden Euro
am Jahresende 1998-2015



MIT EINER NEUVERSCHULDUNG VON 730 MILLIONEN EURO IM JAHR 2015 WACHSEN DIE SCHULDEN DES LANDES HESSEN WEITER AN. AM ENDE DES JAHRES 2015 WERDEN SICH DIE KREDITMARKTSCHULDEN DES LANDES AUF RUND 44 MILLIARDEN EURO BELAUFEN. DAMIT SETZT SICH AUCH UNTER SCHWARZ-GRÜN DER TREND FORT, DEN CDU-GEFÜHRTE REGIERUNGEN SEIT 1999 GESETZT HABEN. SEIT 1998 WURDEN DIE SCHULDEN DES LANDES WEIT MEHR ALS VERDOPPELT.

Fortsetzung

Zweidritteln regiere Roland Koch auch unter Schwarz-Grün weiter.

„Kürzungen bei Schulsozialarbeit werden sich rächen“

Schmitt warf der schwarz-grünen Landesregierung Wortbruch und Politik nach Gutsherrenart bei der geplanten Nullrunde für Beamte vor.

Bei den aufgestockten Mitteln für den Hochschulbau handele es sich lediglich um Bundesmittel, die eigenen Landesmittel würden nicht erhöht. Im Schulbereich bezweifelte Schmitt, dass eine 105-prozentige Lehrerversorgung zukünftig gewährleistet sei, da das Ministerium innerhalb der nächsten Jahre rund 25 Millionen Euro einsparen müsse. Zudem kritisierte der SPD-Finanzpolitiker die Kürzungen bei der Schulsozialarbeit. „Dass sich das Land aus der Schulsozialarbeit zurückzieht, wird sich mittel- und langfristig auch finanziell rächen, weil damit ein bedeutender Beitrag zum erfolgreichen Übergang zwi-

schen Schule und Beruf wegfällt. Zudem werden dadurch die Gewalt- und Extremismusprävention, aber auch die Integration in Frage gestellt“, so der SPD-Abgeordnete.

Zu den finanzpolitischen Rahmen-daten führte Schmitt aus, dass die Absenkung der Nettoneuverschuldung auf keine besonderen Sparanstrengungen der schwarz-grünen Landesregierung zurückzuführen sei, sondern durch sprudelnde Steuereinnahmen zustande kämen.

„Trotz 950 Mio. Euro Mehreinnahmen knapp an der Schuldengrenze“

„Nach den Planungen des Finanzministers kann Hessen mit rund 950 Millionen Euro Steuermehreinnahmen im kommenden Jahr rechnen. Trotzdem gelinge es nicht, mehr als 3 Millionen Euro von der neuen Verschuldungsgrenze entfernt zu bleiben. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung ist aber gerade bei den Steuereinnahmen Vorsicht geboten.“

730 MIO. EURO NEUE SCHULDEN

Finanzminister Thomas Schäfer hat den Haushaltsentwurf für 2015 vorgestellt. Hier wichtige Eckdaten des Entwurfs:

- 730 Millionen Euro neue Schulden, nur 3 Millionen weniger als aufgrund der Schuldenbremse „erlaubt“.
- Gespart wird vor allem bei den Beschäftigten, das heißt Nullrunde für Beamte 2015 und 20 Millionen Euro Einsparungen bei der Beihilfe.
- Die Gesamtausgaben steigen trotzdem um 2,3 Prozent auf knapp 24 Milliarden Euro.
- Die Gesamteinnahmen steigen um 5,2 Prozent.
- Die Anhebung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt ist bereits erfolgt.
- Die Investitionsausgaben sinken um 2,9 Prozent, so dass der Investitionsstau in Hessen weiter zunimmt.

LANDTAG MISSBILLIGT CDU-RECHTSAUSSEN IRMER

Mit den Stimmen von SPD, FDP und Linken bei Enthaltung von CDU und Grünen hat der Landtag Äußerungen des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden und bildungspolitischen Sprechers Hans-Jürgen Irmer missbilligt. Er hatte der „Frankfurter Neuen Presse“ gesagt: „Homosexualität nicht normal. Sonst hätte der Herrgott das mit der Fortpflanzung anders geregelt.“ Mit diesem homophoben Zitat habe der berüchtigte Rechtsaußen der CDU einmal mehr seinem Ruf als Sprachrohr des rechten CDU-Rands entsprochen. Die Äußerung knüpfe an viele ausländerefeindliche, islamfeindliche und

schwulenfeindliche Äußerungen des CDU-Abgeordneten in den vergangenen Jahren an, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer der



SPD-Fraktion Günter Rudolph. Nachdem Irmer in der vergangenen Wahlperiode als bildungspolitischer Sprecher wegen seiner extremen Ansichten abgelöst worden war, hatte ihn die CDU-Fraktion zu Beginn der schwarz-grünen Regierungszeit rehabilitiert.

Rudolph sagte weiter: „Mit Herrn Irmer ist es doch immer das gleiche Spiel – erst geht er mit rechten Gedanken und Ideen zündeln, dann schüttet er ein bisschen Wasser auf das schon lodernde Feuer. Das Spiel von Beleidigungen und anschließender Entschuldigungen muss endlich ein Ende haben und Irmer gestoppt werden.“ Rudolph kritisierte, dass die CDU Irmer in seinen führenden Positionen belasse.

Rudolph bedauerte, dass die CDU und insbesondere die Grünen nicht den Mut gehabt hätten, der Missbilligung zuzustimmen, sondern sich lediglich enthalten hätten.